A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 27. Mai 1926
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 20—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5970—5999. Postscheck: Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 241

10 Pfennig
27. 5. a

Zum Tage.

Das Spiel ist aus. Abd el Krims Schicksal hat sich erfüllt, wie es nicht anders sein konnte. Seit sich Spanier und Franzosen zusammengetan hatten, um den Freiheitskampf der Riffkabylen gemeinsam zu unterdrücken, war es eine militärische Unmöglichkeit, daß auf die Dauer die Streitkräfte Abd el Krims der Militärmacht der Gegner standhalten oder gar den Sieg erringen konnten. Die Hoffnung auf den Sieg, auf Erringung der Freiheit des Riffs, konnte überhaupt nur Wirklichkeit werden, wenn Abd el Krim von den Eingeborenen des übrigen Marokko, von Algerien und Tunis aus, mehr anfeuernde Unterstützung gefunden hätte, als es der Fall war. Es sprich jedoch erwiesen, daß Frankreichs Hand immer noch fest und schwer genug auf jenen nordafrikanischen Gebieten lastet, als daß es möglich gewesen wäre, die gärende Unzufriedenheit der Bevölkerung zu offenem Kampf gegen den fremden Eroberer schon jetzt zu steigern. Ohne diesen aber mußte der Freiheitssturm des Riffs in Nichts versinken, der Gedanke Abd el Krims, zugleich mit dem Rif vielleicht auch ganz Marokko dem Joch zu entreißen, ins Wesenlose zerflattern. Es ist ein schwerer Gang, den der Freiheitskämpfer Abd el Krim in der Nacht zu Donnerstag angetreten hat, der Gang zur französischen Front, um sich und seine Familie dem Gegner gefangenzugeben, dem Gegner, dessen Friedensbedingungen er noch vor ganz kurzer Zeit nach mehrtägigen Verhandlungen in Uschda als unannehmbar stolz zurückgewiesen hat. Und gerade dieses Moment ist es, das der Persönlichkeit des jetzt Unterlegenen die Glorioole des Helden gibt: als er auf die französisch-spanischen Waffenstillstandsbedingungen, die ihm von vornherein wehrlos der Gnade der Gegner ausgeliefert hatten, zurückwies, mußte er wissen, daß der Kampf, der nun wieder entbrennen würde, nicht von langer Dauer werde sein können; und das bittere Ende mußte er voraussehen. Trotzdem zogen er und seine tapferen Volksgenossen einen schmählichen Unterwerfung den letzten aussichtslosen Kampf mit der Uebermacht vor, um die Ehre zu retten. Und das ist diesem kleinen Volkchen der Rif-Berber gelungen. Mit dem Schwert in der Hand weicht es dem unerbittlichen Schicksal, und seinem unglücklichen Führer erweist der Gegner die Hochachtung, die ihm gebührt, wenn er seine Truppen anweist, den sich ergebungsbereiten Abd el Krim so zu empfangen, wie man einen besiegten Feind empfängt, der Beweise von militärischen Fähigkeiten gegeben hat. Abd el Krim hat so nicht nur seinem Gegner und der ganzen Welt Hochachtung abgezwungen, sondern er steht auch vor seinem Volk, vor der mohammedanischen Bevölkerung Nordafrikas und der ganzen Welt da. Seine Niederlage im Freiheitskampf, den er letzten Endes für die gesamte islamische Welt führte, wird auf die panislamische Bewegung nicht ohne Einfluß sein. War es doch seit langem einer der Kaiser, die für die Kalifenwürde, und es wird bemerkenswert sein, wie die Kalifenkoryphäen in Kairo seinen Sturz zur Kenntnis und zu der Folgen des Sturzes Steilung nimmt. Das Spiel ist aus, unwichtig nur tritt Abd el Krim von der Bühne. Der Gedanke der Freiheit aber wird im Rif und in ganz Nordafrika weitergleimmen.

*

Der Kommandeur des 6. französischen Armeekorps in Metz, General Lardemelle, hat kürzlich den Präsidenten der französischen Republik mit einer Rede vertreten in der er zunächst einen Abriß aus der Weltgeschichte gab. Dabei bereit sich der General auf die Verschiebung der Verhältnisse an der französischen Ostgrenze seit den Zeiten Karls V. Er wirbe vermutlich keine besonders gute Note bei den Weltgeschichte erhalten haben, wenn er sich auf Grund dieser Darstellung einer Prüfung unterziehen wollte; ein Blick auf die historische Karte müßte ihm zeigen, daß die Grenzverschiebungen seit jener Zeit ganz erheblich zugunsten Frankreichs vor sich gegangen sind, und daß nicht nur Metz, sondern auch Toul und Verdun einmal deutsch im Besitz des Hauptlandes eines selbständigen Staates gewesen ist. In der neueren Geschichte scheint General de Lardemelle auch nicht besser beschlagen zu sein. Denn er bereit sich auf ein Wort Moltkes, das vor ihm Mode wird sein und zitiert hat, um seinerseits die Sicherung als ungenügend zu bezeichnen, die die Besetzung von Mainz „das Schildes und Schwertes Deutschland", biete. Es sei deshalb notwendig, so erklärt er weiter, die französische Nordwestgrenze zu „organisieren", und er wisse, daß die Regierung sich damit beschäftige. Denn die Besatzung, die von vornherein als vorübergehend gedacht war, ergänze nur teilweise die Sicherungen Frankreichs. Einen entscheidenden Punkt in den Sicherungsmaßnahmen des Versailler Diktates übergeht der General; denn wenn auch die Besatzung „vorübergehend" ist, so bedeutet doch die Entmilitarisierung des ganzen linken Rheinufers und eines 50 Kilometer breiten rechtsrheinischen Gebietsstreifens, daß das Rheinland auch nach der Räumung dauernd schutzlos und im Eventualfalle Kriegsschauplatz ist. Dem steht auf der andern Seite der Grenze ein Festungsgürtel gegenüber, der durchaus einseitig diese Grenze sichert. Baden, die Pfalz und das Rheinland aber zu einer offenen Flanke Deutschlands macht. Der General behandelt die Dinge von einem rein militärisch chauvinistischen Standpunkte aus. Demgegenüber sollte der Pakt von Locarno mit modernen Mitteln einen Schutz für die Grenzen schaffen; er gewährt sie gerade Frankreich dadurch, daß es nach Inkrafttreten des Paktes auch durch die Unterschriften Englands, Belgiens und Italiens geschützt ist. Im Sinne dieses Vertragswerks sind die Fantasieerklärungen solcher Generalsreden absolut abwegig. Wir waren unter Poincaré an derartige, allzumenschliche Kundgebungen gewöhnt und haben sie schließlich nicht mehr beachtet. Aber nach Locarno und Genf wirken solche öffentlich vorbereiteten Reden, von denen die vorliegende nicht die erste ist, äußerst beunruhigend auf die öffentliche Meinung.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Das Ende des Rif-Kampfes.

Haltlose Angriffe auf Deutschland und Rußland.

a. **Paris**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Ueber die Entwicklung der Ereignisse im Marokko wird gemeldet, daß der Sturz Abd el Krims bei den Einheimischen einen ungeheuren Eindruck gemacht habe. Die Stämme Beni Aurez, Beni Werkir und der größte Teil der Beni Urriaghel in der Gegend von Taziri sowie der Beni Mesbah, die sich bisher noch nie ergeben hatten, hätten sich unterworfen. Unsicher sei die Lage bei den Stämmen der Dschebalas und bei den Stämmen des Rifs, wo mit der

Fortdauer eines gewissen Widerstandes

gerechnet werde. Immerhin hätten sich mit Ausnahme der Beni Zerual und einiger Stämme der Beni Mestaros alle Stämme der französischen Zone unterworfen. General Boichut, der Oberkommandierende der französischen Offupationstruppen, habe an alle Militärposten telegraphisch den Auftrag erteilt, Abd el Krim und seine Begleitschaft so zu empfangen, wie Frankreich einen besiegten Gegner, der den Beweis seiner militärischen Fähigkeit erbracht habe, zu empfangen pflege.

Der „Matin" macht heute anschließend an die Nachricht der Unterwerfung Abd el Krims gehässige Bemerkungen gegenüber Deutschland: „Berlin und Moskau verfolgten die Ereignisse in Marokko mit großer Aufmerksamkeit und setzten in Abd el Krim besondere Hoffnungen, die den Wedacht einer Mitschuld bis zu einem gewissen Grade rechtfertigen. Wir werden uns der verdächtigen

Zusammenhänge zwischen Abd el Krim, den Bolschewisten und den Pangermanisten

stets erinnern, die rachelüstern die Demütigung Frankreichs, wenn nicht sogar seinen Untergang erstehnten. Wir können dies selbst in den Tagen der Freude über den Sieg nicht vergessen. Was Abd el Krim betrifft, so erscheint er nunmehr vor seinem militärischen Richter nicht nur, um seine Freiheit zu verteidigen, sondern als Agent unserer grimmigsten Feinde." Der „offizielle „Petit Parisien" verlangt, daß der gesamte Briefwechsel Abd el Krims mit seinen „europäischen Ratgebern" der französischen und spanischen Regierung zur Prüfung und Veröffentlichung übergeben werde. Man würde darin einige aufsehenerregende Belege finden.

Italiens Hoffnungen in Nordafrika.

fr. **Mailand**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Nachdem das Schicksal Abd el Krims besiegelt ist, beginnt das diplomatische Spiel. Die „Mattinoire Gazette" verkündet bereits das Gerücht von einer weiten Marokkokonferenz, und die „Corriere della Sera" schreibt seinerseits:

„Die rasche Lösung des Rifproblems muß vom italienischen Standpunkt aus günstig beurteilt werden wegen der natürlichen Solidarität, die alle europäischen Nationen gegenüber den immer geschärfteren Zudungen der unruhigen islamischen Elemente erfüllt. Die Lage verdient aufmerksame Beobachtung, weil

neue Ueberraschungen auf afrikanischer Erde immer möglich

sind, ehe die Berge der Berber besiegt sind, und dann, weil die Bedingungen des spanischen und französischen Protektorates sich geändert haben und in gutem oder schlechtem Sinne auf die allgemeinen Herrschaftsverhältnisse in Nordafrika zurückwirken. Das geht auch Italien als afrikanischer Standpunkt, der ja schon von jeher von Mussolini mit Nachdruck vertreten worden ist. Zu Italien von einer Neuregelung der nordafrikanischen Herrschaftsverhältnisse einer Zunahme an Macht und an Land erhofft, wird sein Solidaritätsgefühl verständlich; die europäische Solidarität hingegen gegenüber dem Islam ist natürlich eine abgeschmackte Nachtreisgerfindung, die Deutschland nicht interessiert und ebensowenig wohl Rußland.

Drei Richtungen bei den französischen Sozialisten.

a. **Paris**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Landeskongreß wurde gestern beendet. Eine einheitliche Auffassung über die weitere Haltung der Partei gegenüber den Kommunisten und den bürgerlichen Parteien konnte trotz aller Bemühungen der eingesetzten Kommission, die mit der Aufstellung einer gemeinsamen Formel beauftragt war, nicht erzielt werden. Der offiziöse „Petit Parisien" glaubt aber, zum mindesten von einer moralischen Spaltung der sozialistischen Partei sprechen zu können. Es lagen schließlich zwei Anträge vor: einer ausgearbeitet von Blum, Faure, Jimoffsky usw., der in seiner Gesamtheit 2259 Stimmen bei 685 Enthaltungen auf sich vereinigte, und ein anderer von dem äußersten linken Flügel der Partei, abgefaßt von Maurin, der zur Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats ein Zusammengehen mit den Kommunisten verlangt und immerhin 312 Stimmen erlangte. Der Antrag Blum spricht sich für einen jede Regierungsbeteiligung aus, läßt jedoch eine gewisse Unterstützung jeder Regierung zu, die die Reaktion und das Kapital bekämpfe, und verlangt dagegen die strengste parlamentarische Opposition gegen jedes Konzentrationskabinett. Es würden also von nun an weiterhin drei Richtungen bei den Sozialisten zu beobachten sein: der rechte Flügel (Renaudel, Marquet), der einer Regierungsbeteiligung nicht abgeneigt ist, das Zentrum (Blum, Paul Faure), das jede Regierungsbeteiligung ablehnt, aber dennoch die Unterstützung einer Regierung ausspricht, die das sozialistische Programm betätigen will, und schließlich der linke Flügel der Partei (Maurin), der eine Annäherung an die Kommunisten verlangt.

a. **Paris**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Von den 30 000 streikenden Arbeitern der Automobilwerke Renault haben sich 20 000 heute bereit erklärt, die Arbeit zu den von der Direktion vorgeschlagenen Bedingungen wieder aufzunehmen. Bei den Farman-Werken konnte noch keine Verständigung erzielt werden.

Freiheit der Meere und Welthandel.

Internationale interparlamentarische Handelskonferenz.

sx. **London**, 27. 5. (Eigenbericht.)

An den Beratungen der Internationalen interparlamentarischen Handelskonferenz, die hier im Gebäude des Oberhauses stattfinden, nimmt zum erstenmal seit dem Kriege ein Vertreter der Deutschnationalen Partei, Dr. Lejeune-Jung, teil. Die deutschen Abgeordneten machten die Reise an Bord des Dampfers „Hamburg" als Gäste der Hamburg—Amerika-Linie. Folgende Probleme werden von der Konferenz erörtert werden: 1. internationale Kohlenfragen, 2. internationaler Kapitalumlauf, 3. mitteleuropäische Binnenschiffahrtsfragen, 4. Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote, 5. internationales Konkurs- und Wechselrecht. Am Freitag findet ein Empfang im Buckingham-Palast beim König und darauf eine Fahrt durch die Londoner Häfen, am Sonnabend ein Besuch in Oxford statt.

Die Konferenz faßte gestern folgende

Beschlüsse:

Die Konferenz gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die wahre Grundlage des internationalen Handels die Freiheit der Meere ist, begrüßt von einer gleichförmigen Behandlung der Schiffe aller Nationen in allen Häfen. Gleichzeitig drückt die Konferenz ihre Anerkennung für die von den Sachverständigen-Organisationen geleistete Arbeit aus. Die Konferenz empfiehlt den einzelnen parlamentarischen Delegationen, ihren Regierungen und Parlamenten die baldige Ratifikation der internationalen Seerechtskonventionen zu empfehlen, die von dem internationalen Schiffahrtskomitee vorbereitet und von der Brüsseler Seeschiffahrtskonferenz angenommen worden sind. Diese beziehen sich auf Konnossemente, die Hypothek der Schiffseigentümer, seerechtliche Pfänder und Hypotheken, die Immunität von Regierungsschiffen. Ferner empfiehlt die Konferenz die dalbige Ratifikation der Seehafenkonvention von 1924, die vom Völkerbund vorbereitet worden ist, und erwartet, daß jede Gruppe innerhalb von 6 Monaten dem ständigen Bureau über die erreichten Ergebnisse berichtet.

Eine weitere Entschließung gibt der Meinung Ausdruck, daß Reder und Reederei-Vereinigungen nur in einem Lande, nämlich in dem ihres Sitzes, zur Gewinn- oder Einkommensteuer herangezogen werden dürften, weil sie in einem anderen Lande lediglich Filialen unterhalten. Jede Form der Doppelbesteuerung der Schiffahrt solle im Interesse der internationalen Seeschiffahrt vermieden werden.

Auf einem gestern abend von der britischen Regierung unter Lloyd Churchills gegebenen Bankett, auf dem außer den Delegierten auch die Botschafter und Gesandten der auswärtigen Mächte, die Oberkommissare von Südafrika und Neuseeland, Mitglieder der Regierung und zahlreiche Parlamentsmitglieder anwesend waren, erklärte der

Prinz von Wales

in seiner Rede zur Begrüßung der Delegierten, es gereiche ihm zur besonderen Freude, so viele hervorragende Besucher im Palast von Westminster willkommen zu heißen. Churchill begrüßte in seiner Rede die Vertreter von 40 Ländern im „Geburtshause der Parlamente" und sagte, man könne nicht ein guter Untertan und ein guter Bürger sei. Es dürften keine Schwierigkeiten bestehen, nationale und internationale Pflichten anzuerkennen. Churchill hob zum Schluß die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorsichtsts aller Nationen in der Gerechtigkeit und im Frieden hervor.

Polnische Generale im Gefängnis.

Warschau, 27. 5. **Die Generale Rossabowski, Zagdirski und Loszynski, die auf der Seite der ehemaligen Regierung Witos gekämpft haben, wurden gestern nacht unter militärischer Bedeckung nach Wilna ins Gefängnis gebracht, wo sie wegen verschiedener hierfür Mißbräuche, die sie sich früher angeblich haben zuschulden kommen lassen, vor ein militärisches Gericht gestellt werden sollen.**

300 Kammersitze für die rumänische Regierungspartei.

x. **Bukarest**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der Ausgang der Kammerwahlen stellt einen überlegenen Sieg der Averescanischen Regierungspartei dar. Nach dem vorläufigen Ergebnis dürften sich die Sitze in der neuen Kammer wie folgt verteilen: Averescaner 300, Nationalrat der Nationalzaranisten (Tzaranisten) 25, Liberale Partei 15, Deutsche Minderheiten 15, und Rassenschützler 11.

Hilfsschiffe für Argentiniens Kriegsflotte.

pr. **Buenos Aires**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat hat, wie „La Prensa" meldet, beschlossen, die Summe von 32 Millionen Papierpesos (1 Peso = 1,68 Mark) zur Erwerbung von Hilfsschiffen für die argentinische Kriegsflotte zu verwenden. Diese Summe stellt den Saldo eines Betrages dar, der bereits im Jahre 1908 für gleiche Zwecke ausgeworfen, bisher aber nicht vollständig verwendet wurde. Unter anderem ist aus diesem Fonds während des Krieges der deutsche Dampfer „Bahia Blanca" gekauft worden, dessen mitten im Kriege erfolgter Flaggenwechsel nach Abschluß des Friedens von Versailles zu Beanstandungen alliierterseits Anlaß gab und der noch heute unter demselben Namen als Transportschiff der argentinischen Marine Dienste tut. Mit seiner Hilfe sind seinerzeit die ersten Versuche drahtlosen Telephonie von Hamburg aus nach der nordamerikanischen Küste unternommen worden.

Brüssel, 27. 5. (Sonderdienst der TAU.) Die Arbeiterbeter in der Metallindustrie haben im Hinblick auf die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung beschlossen, vom 1. Juni ab alle Löhne um 5 Prozent zu erhöhen.

Kohlenmangel in England.

Die englischen Bergarbeiter bleiben hart.

sx. **London**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Die Krisis, die von der Regierung für die Annahme ihres Angebots einer weiteren Subventionszahlung von 3 Millionen Pfund für die Kohlenindustrie festgesetzt war, lässt am Montag ab, und es sind noch keine Aussichten für Verhandlungen vorhandenen. Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, Herbert Smith, machte auch in seiner gestrigen Rede keinerlei Andeutungen, daß die Bergarbeiter oder ihre Führer ihre Ansichten im geringsten geändert hätten. Im Gegenteil war er der Auffassung, daß der Kampf erst und von langer Dauer sein werde. Er wiederholte seine Vorschläge, daß eine Lösung auf der Grundlage folgender Vorschläge gefunden werden könne:

1. Schließung der unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe,
2. Unterstützung der hierdurch beschäftigungslos gewordenen Arbeiter,
3. Ernennung eines Komitees, das aus Grubenbesitzern, Bergarbeitern und Verbrauchern geschlossen wird, für die Festsetzung des Inlandskohlenpreises.

Die Wirkung der Arbeitsruhe im Bergbau auf andere Industrien macht sich bereits sehr fühlbar. Einer Meldung aus Grimsby zufolge hat das Bunkerkomitee eine Verfügung erlassen, daß vom kommenden Montag ab Fischdampfer keine englische Kohle mehr erhalten dürfen. Die Fischdampfer müssen deshalb entweder im Ausland bunkern oder aufgelegt werden. Es besteht wenig Zweifel darüber, daß schon in den nächsten Tagen zahlreiche Dampfer aufgelegt werden müssen.

Zunahme der englischen Arbeitslosen.

sx. **London**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der englische Arbeitsminister gibt bekannt, daß die Zahl der am 17. Mai 1926 Unterstützung erhaltenen Arbeitslosen in Großbritannien 1 612 700 betrug. Das waren 36 801 mehr als in der Vorwoche und 427 680 mehr als vor einem Jahre. Außer diesen 1 612 700 Unterstützung erhaltenden Arbeitslosen sind **Ansprüche von weiteren rund 358 000 Personen angemeldet** worden, die durch den Streik im Kohlenbergbau beschäftigungslos geworden sind.

Dampferverkehr Boulogne—Folkestone eingestellt.

a. **Paris**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der französische Dampferverkehr zwischen Boulogne und Folkestone wurde infolge des Kohlenmangels, verursacht durch den andauernden englischen Kohlenarbeiterstreik, vollkommen eingestellt. Die französischen Eisenbahnverwaltungen haben auch die Einstellung der für viele Kanalverbindung eingeschobenen Züge — bis auf weiteres — an.

Rinschitsch bei Briand.

a. **Paris**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der jugoslawische Außenminister Rinschitsch, der sich seit Dienstag in Paris aufhält, wurde vom Ministerpräsidenten Briand empfangen. Die Unterhaltung bezog sich auf die Unterzeichnung des französisch-jugoslawischen Abkommens, dessen Grundzüge gelegentlich des letzten Aufenthalts Rinschitsch in Paris festgelegt und seitdem präzisiert worden sind.

Türkische Vorsicht.

hp. **Konstantinopel**, 27. 5. (Eigenbericht.)

In griechischen und italienischen Kreisen wird der Umstand, daß zu den bevorstehenden großen türkischen Manövern an der Küste des Kyzikischen Meeres und in Thrazien keine ausländischen Militärattachés hinzugezogen werden sollen, sehr lebhaft kommentiert. Man erklärt dieses Vorgehen, falls es sich bewahrheiten sollte, damit, daß es eben nicht angängig, allein die italienischen und griechischen Militärattaché auszuschließen. Die Manöver sollen in diesem Jahr angeblich besondere Bedeutung haben und einen ganz vertraulichen Charakter erhalten, da ihr Plan dem eventuellen nächsten Krieg angepaßt sein soll, nämlich der Abwehr einer Landung feindlicher Truppen und einer Invasion zu Lande.

Mohameds V. Testament.

fr. **Mailand**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Der türkische Erbprinz Abd ul Medschid hat das Testament seines kürzlich verstorbenen Vaters Mohamed V. geöffnet. Darin wird der Prinz aufgefordert, den Kampf gegen die Usurpatoren fortzusetzen und die Bitte ausgesprochen, den Verstorbenen in einer Moschee der türkischen Familie in Damaskus beizusetzen. Die französische Regierung soll als Protektoratsmacht Syriens die Genehmigung zur Beisetzung in Damaskus schon ausgesprochen haben. An die italienische Regierung wird die Bitte gerichtet, ein Kriegsschiff zum Transport der Leiche zur Verfügung zu stellen. Der Erbprinz will in der Villa Magnolia in San Remo wohnen bleiben.

Die Lage in China.

Hongkong, 27. 5. (Sonderdienst der TAU.)

Die Kantontruppen werden zurzeit für die Expedition nach dem Norden gründlich ausgebildet. Inzwischen hat der Verbündete Kantons, General Tong Chang-chi, eine Niederlage erlitten und sich in der Richtung auf die Kuantung-Grenze zurückgezogen. Chang Kai-schek's erste Armee ist noch in Kanton, soll aber nach Chekiang verlegt werden, sobald die Expedition bis dahin vorgedrungen ist. Chang Kai-schek hat den Kommunismus in Kanton völlig unterdrückt, und die militärischen russischen Ratgeber haben die Stadt verlassen. Chang hat große Mengen Munition beschlagnahmt, die angeblich von den Russen ohne Wissen der Direktion herangeschafft worden waren und bei einem kommunistischen Aufstand verwendet werden sollten.

Die Kompetenzen der Arbeitskonferenz.

Arbeitgebereinspruch gegen einen Verhandlungsgegenstand.

sch. **Genf**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Die Internationale Arbeitskonferenz hat in der heutigen Vormittagssitzung die Einsetzung von vier Kommissionen beschlossen, in denen sie ihr Programm bearbeiten wird, nämlich je eine Kommission für 1. die Frage der Inspektion auf Auswanderungsschiffen, 2. die Behandlung der von den Regierungen eingereichten Berichte über den Stand der Abkommen und Empfehlungen, 3. für die Frage der Notwendigkeit der Abhaltung von zweiten Lesungen, und 4. für die Frage des Reglements.

Der englische Arbeitgebervertreter Sneddon überreichte einen Einspruch der Arbeitgeber gegen die Behandlung der einzigen auf dem Programm stehenden Frage, nämlich die internationale Vereinheitlichung der Inspektion auf Auswanderungsschiffen. Die Arbeitgeber erklären, daß die Konferenz sich zwar mit der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu befassen habe, nicht aber mit ihr ferneliegenden Gebieten. Der französische Regierungsvertreter führte aus, daß die Zurückziehung des Verhandlungsgegenstandes satzungsgemäß unmöglich sei, da dies nur die Regierungen hätten tun dürfen. Ueberdies habe die Arbeitskonferenz das Recht, sich nicht nur mit der Arbeit selbst, sondern auch mit der Lage der Arbeiter zu befassen. Bei der Abstimmung gegen den Einspruch des Arbeitgeber-Standpunkt, daß die Angelegenheit verhandelt werden soll; man könne sich gegebenenfalls an das Haager Schiedsgericht wenden. Der französische Arbeitervertreter Jouhaux stellt auf dem Standpunkt, daß die Arbeitskonferenz stets berechtigt sei, die Lage des Arbeiters zu verbessern; er erkennt auch die großen Fortschritte an, die auf dem Gebiete der Auswanderereisen seit 25 Jahren erzielt worden sind.

Direktor Stadtländer vom Norddeutschen Lloyd in Bremen verweist darauf, daß die Verhältnisse auf Eisenbahnschiffen viel schlechter sind als zu Wasser; es bestehe, daß die meisten Auswanderer nicht Arbeiter, sondern Siedler sind. Er verlangt Vertrauen zu den zahlreichen Behörden und auch zu den Schiffsärzten, welche sich mit den Auswanderern zu beschäftigen haben. Der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialrat Hering erklärt, Deutschland beteilige sich an der Verhandlung, weil der Verwaltungsrat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, obgleich der deutsche Vertreter im Verwaltungsrat dagegen gestimmt hat. Wenn also Deutschland jetzt den Verhandlungsgegenstand annimmt, so soll damit nicht gesagt sein, daß Deutschland für alle Konferenz als zuständig für alle Fragen in Wanderungsangelegenheiten ansehe. Er schließt mit einer Vertrauenskundgebung für das Internationale Arbeitsamt im allgemeinen.

Bei der namentlich erfolgenden Abstimmung mittels Handaufheben wurde mit 77 gegen 23 Stimmen die Beschleunigung des Behandlungsgegenstandes beschlossen.

Konferenz über Doppelbesteuerung.

sch. **Genf**, 27. 5. (Eigenbericht.)

Die Konferenz der Sachverständigen, die vom Völkerbundsrat in der Frage der Doppelbesteuerung und der dazugehörigen Probleme einberufen worden war, hat vom 17. bis 22. Mai getagt.

Seit 1923 befindet sich die Angelegenheit auf dem Programm des Völkerbundes. Eine Anzahl hervorragender Fachmänner und die internationale Handelskammer haben Berichte erstattet. Die Sachverständigen haben in ihren Tagung die bisherigen Arbeiten gutgeheißen. Sie hatten einen Fragebogen ausgearbeitet, die sich mit der Doppelbesteuerung, mit der Kapitalflucht und ihrer Abhilfe sowie mit der Rechtsgleichheit in Fiskalfragen zu befassen hatten. Diese Unterauschüsse haben die Grundlage von Vorschlägen für Maßnahmen festgelegt, die der nächsten Tagung (voraussichtlich im Herbst) vorgelegt werden.

Annahme des Mißtrauensantrages gegen Lübecks Bürgermeister.

Lübeck, 26. 5. (Eigenbericht.)

Die Lübecker Bürgerschaft beschäftigte sich heute in einer langen, bis gegen 11 Uhr abends dauernden Sitzung mit dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann, der infolge der „Enthüllungen" des Amtlichen Preußischen Pressedienstes eingebracht worden war.

Vor der eingehenden Aussprache ergriff Bürgermeister Dr. Neumann selbst das Wort zu einer eingehenden Sachdarstellung und Rechtfertigung. Von den Demokraten stellte sich der alte Führer der Partei in Lübeck, Rechtsanwalt Dr. Goerz, mit Entschiedenheit hinter die Erklärungen des Bürgermeisters, im Gegensatz zu seiner Fraktion.

Die namentliche Abstimmung ergab eine einfache Mehrheit von 43 Stimmen für den Mißtrauensantrag. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und Demokraten mit Ausnahme von Dr. Goerz, der mit Nein stimmte. 33 Bürgerschaftsmitglieder stimmten gegen den Mißtrauensantrag, eine der beiden Hausbesitzerfraktionen hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Nach der Lübecker Verfassung muß die Abstimmung, da die Annahme des Mißtrauensantrags mit einfacher Mehrheit erfolgt ist, wiederholt werden. Dafür ist eine weitere Bürgerschaftssitzung auf Mittwoch, den 2. Juni, angesetzt.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt.)

Vor der Nationalversammlung.

Pilsudski wird zur Diktatur gedrängt. — Westpolen fordert Autonomie.

Von einem gelegentlichen Berichterstatter.

Posen, 25. Mai.

Ueber Pfingsten herrschte in Polen Waffenstillstand zwischen den streitenden Parteien und Offizieren. Noch schweren innerem Kampfen hat die Posener Opposition eingelenkt und die grundsätzliche Auseinandersetzung auf die jetzt endgültig für den 31. Mai einberufene Nationalversammlung verschoben. Nachdem Pilsudski seinen Gegnern das für ihn überaus günstige Kampffeld der Nationalversammlung eingeräumt hatte, wäre es unklug gewesen, wenn man von Posen aus vorher den Gegnern gezeigt und eine Gegenregierung ausgerufen hätte, die auch nichts anderes gewesen wäre als ein Staatsstreich, der man dem zur Verfassung zurückgekehrten Marschall so außerordentlich heftig bedacht. Nach ausschlaggebender als diese politische Ueberlegung war gewiß die Unsicherheit, die man gegenüber den Truppen des ehemals preußischen Teilgebiets empfand. Durch eine festliche Begrüßung der aus Warschau heimgekehrten Posener Regimenter, durch die sieberhafte Ausbildung der Freiwilligenorganisationen sucht man noch in letzter Stunde auf die Stimmung der Garnisonen Einfluß zu nehmen. Aber für diese Agitation gewinnt der Kriegsminister dem durchaus legalen Nationalen Bauernverband, das nicht nur von den westpolnischen Woiewoden, sondern auch von der pilsudskifeindlichen Generalität dieses Gebietes anerkannt wird. Wenn es der Rechten gelingen sollte, auch nur mit einer Stimme Mehrheit den Präsidentschaftskandidaten Pilsudskis am 31. Mai zur Strecke zu bringen, und wenn dann der Marschall, von seinen Anhängern vorwärtsgetrieben, den zweiten Staatsstreich einer Auflösung des Parlaments und der vorläufigen Diktatur unternimmt, dann kann die Posener Fronde mit einer besseren Parole dem Waffenstillstand ein Ende bereiten, dann ist vor allem zugleich mit den drohenden Zwangsmaßnahmen gegen die westpolnischen Führer der Zwang zur Entscheidung gegeben.

Leicht wird der Posener Opposition ihr Handwerk nicht gemacht. Vor Pfingsten schien es fast so, als hätte Pilsudski, dessen Nerven wie die fast sämtlicher Warschauer Staatsmänner nach den Aufregungen der ersten Revolutionsphase zusammengebrochen waren, auf die politische Fortsetzung des militärischen Kampfes verzichtet. Solange dieser Warschauer Schwächezustand andauerte, war ein günstiger Boden für die Bemühungen der westpolnischen Opposition geschaffen. Den starken Worten entsprachen die starken Taten nicht. Einmal, weil aus taktischen Gründen die Vertagung des Kampfes in die Nationalversammlung geboten erschien, dann aber auch, weil der starke Mann fehlte, der den nicht zu unterschätzenden Einfluß der romantisch legendären Persönlichkeit eines Pilsudski zu paralysieren vermochte. Gutmütig schreibt der „Zjednoczenie Dybodski", das führende Organ der Christlichen Demokratie, in seinem Pfingstartikel:

„Posen empfiehlt sich noch gegen Pilsudski, aber nur mit Worten. Demonstrationen und Revolutionen, mit denen niemand etwas anzufangen weiß, sollen das Fehlen einer männlichen Tat ersetzen. Zu Ende ist jetzt ein Kopf, auf den ganz Posen und Pommerellen wartete. In ununterbrochenen nutzlosen Versammlungen wurde den Führern die Köpfe verdreht, und sie wissen nicht, was sie wollen."

Irgendwie haben sich die Verhältnisse merklich geändert. Der Marschall hat sich nach seinem kurzen Erholungsurlaub wieder zum Dienst gemeldet, und die Nationalrechte Partei, das die Mehrheit der Nationalversammlung in Warschau durchgesetzt hat, und damit der einzigen positiven Posener Forderung, nach einem neutralen Tagungsort Widerspruchslos widerspricht, bestimmt nach der „legalen" Revolution des Marschalls die „verfassungsmäßige" Diktatur des Staatspräsidenten. Wobei man nicht an den gegenwärtigen Träger der Würde denkt, sondern an den Sejmmarschall Rataj, denkt, sondern an Pilsudski selbst, der sich nach anfänglichem Sträuben zur Annahme seiner Kandidatur für das Staatspräsidium der Republik entschlossen.

Der vorläufige Ministerpräsident Bartel wird vom Sejm außerordentliche Vollmachten für den Staatspräsidenten verlangen, die mindestens ein Jahr lang, d. h. bis zur verfassungsmäßigen Beendigung der Legislaturperiode des gegenwärtigen Parlaments im Herbst 1927, Geltung haben soll. Solche was noch immer durchaus möglich erscheint, Pilsudski nicht zum Staatspräsidenten gewählt werden, und sollte in diesem Falle, was noch wahrscheinlicher ist, im Sejm keine Zweidrittel-Mehrheit zur vorzeitigen Auflösung vorhanden sein, so ist nach der letzten Erklärung des jetzigen stellvertretenden Premierministers mit deutschem Blut und Namen, in dem Pilsudski vermutlich den stärksten politischen Kopf seines Anhangs herausgestellt hat, die gewaltsame Auflösung des Parlaments und eine beschleunigte Sache. Der zentrorechten Sejmmehrheit wird also zugemutet, entweder Pilsudski mit außerordentlichen Vollmachten ein Jahr lang schalten und walten zu lassen, oder aber sie die sofortige Auflösung des Parlaments zu stimmen und einen ungünstigen Wahlkampf mit einem diktatorischen Gegner vorzubereiten. Das eine wie das andere würde Harriet bedeuten. Solange noch eine Posener Opposition lebt, Sinn sie solche Forderungen nicht unterschreiben, und so finden wir denn an der Spitze der heutigen Ausgabe des „Dzienik Bydgoski", der in der Nummer zuvor das Ausbleiben eines starken Mannes resigniert beklagte, in fetten Lettern folgende Pfiffstellung:

Die Parole von heute!

Die Autonomie des ehemals preußischen Teilgebiets — das ist eine Forderung, die heute aus dem allgemeinen Chaos hervortritt. Sie wird selbst von denjenigen gefordert, die dazu beigetragen haben, daß die Selbstverwaltung des ehemals preußischen Teilgebietes verlorenging.